

Stellungnahme zum Vorschlag für die zukünftige Finanzierung im Bereich der Sonderpädagogik

Raster für die Beantwortung der Vernehmlassungsfragen

Bitte schreiben Sie Ihre Antwort jeweils in die 1. Spalte. In der 2. Spalte ist auszufüllen, von wem die Frage beantwortet wurde: z.B. Gemeinderat Altdorf. Besten Dank.

Termin: 31. Mai 2015

Mittels Mail im Wordformat einsenden an: peter.horat@ur.ch

Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)
Vernehmlassung Finanzierung Sonderschulung
Klausenstrasse 4
6460 Altdorf

Allgemeine Bemerkungen

Aus Sicht der Lehrerschaft dürfen finanzielle Gründe keine Priorität haben, wenn es um pädagogische Problemlösungen geht. Wenn Eltern in einer Gemeinde unter Druck kommen, nur weil sie ein Kind haben, das spezielle Dienste mit entsprechenden finanziellen Folgen beanspruchen muss, dann ist die Finanzierung schlecht gelöst. Andererseits werden einer Kostenexplosion Tür und Tor geöffnet, wenn die Finanzierung von den Verursachern möglichst weit weg (in die Anonymität) abgeschoben werden kann. Das Problem ist zu komplex und die eindeutig beste Lösung kann nicht gefunden werden.

VL LUR

1. Wie beurteilen Sie allgemein den Lösungsvorschlag für die neue Finanzierung?

Wir beurteilen den Lösungsvorschlag als ausgewogen und die Erfahrungen werden eventuelle Mängel aufzeigen, was dann zu einer weiteren Anpassung führen könnte.

VL LUR

2. Sind Sie mit den Rahmenbedingungen für die neue Finanzierung (siehe Kapitel 5.1, Seite 15) einverstanden?

- Ja
 Nein

Begründung:

VL LUR

Die 5 Punkte sind nachvollziehbar und machen aus unserer Sicht auch Sinn.

3. Welche Meinung haben Sie zu den einzelnen Lösungsansätzen in Kapitel 5.2 Seite 15?

Lösung	eher positiv	eher negativ	Bemerkung
1. <u>Motion Epp</u> Beibehaltung des heutigen Systems mit Wiedereinführung der Regel, wonach der Kanton 50 Prozent der Kosten übernimmt (direkte Umsetzung Motion Epp)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Druck auf betroffene Familien, bzw. Schule ist nicht eliminiert.
2. <u>Solidaritätsfonds</u> Beibehaltung des heutigen Systems, Gemeinden richten Solidaritätsfonds ein	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Solange im Fonds genügend Geld vorhanden ist, sind die Gemeinden im Einzelfall finanziell entlastet.
3. <u>Kostenbeteiligung pro Einwohner/in</u> Kanton übernimmt die Kosten (unabhängig ob IV/nicht IV-Fall) und Gemeinden beteiligen sich pauschal pro Einwohnerin und Einwohner (Modell Solothurn)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Aus schulischer Sicht gute Lösung, finanzieller Druck ist weg. Gefahr der Kostenexplosion, da ja der Kanton zahlt.
4. <u>Prozentuale Beteiligung an Kosten</u> Keine Unterscheidung zwischen IV und Nicht-IV Fall: Kanton und Gemeinden beteiligen sich in einem bestimmten Prozentsatz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Es kommt auf den Prozentsatz an, je höher für die Gemeinde, desto mehr nimmt der Druck auf die Schule zu.
5. <u>Pauschale Beteiligung der Gemeinden</u> Heutiges System im IV Bereich wird auf den Nicht-IV Bereich ausgedehnt: Gemeinden beteiligen sich an Kosten mit Pauschale pro Fall	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Auch hier abhängig von der Höhe der Pauschale, je höher für die Gemeinde, desto mehr Druck auf der Schule. Es kann einzelne Gemeinden stark und andere gar nicht treffen.
6. <u>Die Gemeinden tragen alle Kosten, Ausgleich über Bildungs- und Soziallastenausgleich</u> Bildungslastenausgleich muss neu definiert werden	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Zu grosse finanzielle Belastung der Gemeinden, Druck auf Familien und Schulen kann im Einzelfall zu gross sein.

Lösung	eher positiv	eher negativ	Bemerkung
<p>7. <u>Kanton trägt Kosten der Heime, Gemeinden jene der Integrativen Sonderschulung (IS)</u> Allenfalls wäre zu prüfen, ob die Gemeinden sich an den Heimen mit tiefer Pauschale beteiligen</p>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<p>(Disziplinarische)" Problemfälle" dürften so relativ einfach in Heime eingewiesen werden, ohne dass die Schule alle ihre Mittel ausschöpft. Der Druck auf die Schulen erhöht sich möglichst wenige IS-Fälle zu haben. (Abschiebung des Problems)</p>

4. Haben Sie weitere Bemerkungen und Anliegen?

|

Die Antworten werden in Ihrem Wortlaut in einem Bericht zusammengefasst und im Internet publiziert.